

# Wohnungsbau sozial?

Autor(en): **Paillard, Claude**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Bauzeitung**

Band (Jahr): **79 (1961)**

Heft 25

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-65557>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

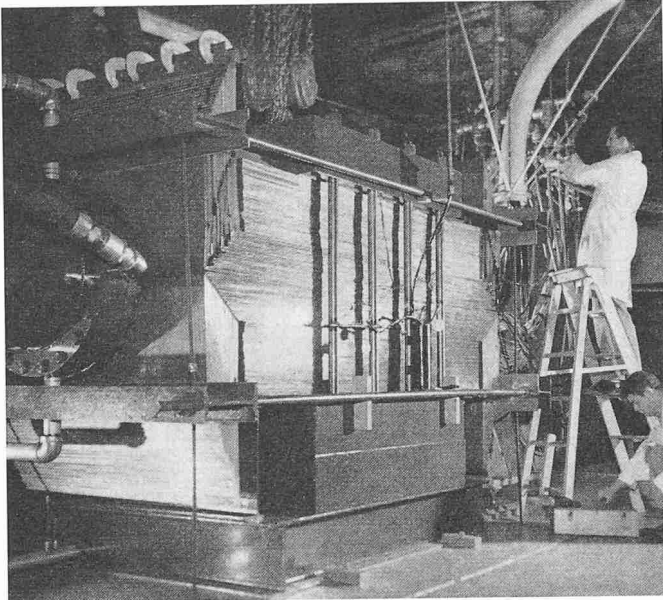


Bild 42 a. (Nachtrag zum Abschnitt 3. Der MHD-Generator, H. 23, S. 390; die Bildunterlage ist uns erst später zugestellt worden). Diese neue Versuchsanlage der Avco-Everett Research Laboratories dient der Erforschung der Konstruktionsprobleme, die zur Verwirklichung des MHD-Prinzips zu lösen sind. Dieser grösste und sehr fortschrittliche magnetohydrodynamische Versuchs-Generator gab bereits 205 kW elektrische Leistung ab; das Endziel ist rd. 500 kW. Der Magnet erregt ein vertikales Feld von 34 000 Gauss und enthält 20 t Kupfer und 23 t Eisen. Er umschliesst, wie das grosse Rohr links zeigt, den eigentlichen Versuchskanal für das 3000° K heisse Plasma

vorhanden ist, wären die Brennstoffzellen bis zwei Jahre geeignet.

Sonnenzellen sind Si-Zellen, die die Energie der Sonnenstrahlen mit 10 bis 14 % Wirkungsgrad in Elektrizität umwandeln. Sie sind teuer und kommen nur für Spezialanwendungen in Frage. Die in Bild 53 angegebenen Werte gelten für nicht orientierte Zellen. Für immer gegen die Sonne gerichtete Zellen wären die Werte günstiger. Das Problem der Orientierung ist aber nicht einfach und erfordert zusätzlichen Aufwand.

Zum Abschluss möchte ich allen, die mich beim Zusammenstellen der vorliegenden Arbeit unterstützt haben, meinen besten Dank aussprechen: Der AG. Brown, Boveri & Cie., speziell Dr. C. Seippel, für die Anregung, diesen Problem-

kreis zu studieren, und für die Erlaubnis zur Veröffentlichung; meinen Kollegen Dr. H. G. Plust, L. S. Dzung, Dr. H. U. Nabholz, Dr. B. Bürgel und R. Risch für ihre Anregungen und Korrekturen; sowie allen, die mir Bildmaterial zur Verfügung gestellt haben.

#### Literaturverzeichnis

- [1] J. Kaye, J. A. Welsh: Direct Conversion of Heat to Electricity. New York, 1960, John Wiley & Sons.
- [2] R. Plank: Handbuch der Kältetechnik, Band 3, S. 52—81. Berlin, Göttingen, Heidelberg, 1959, Springer-Verlag.
- [3] A. F. Joffe: Semiconductor Thermoelements and Thermoelectric Cooling, London, 1957, Infosearch Ltd.
- [4] E. Justi: Die physikalischen Grundlagen und werkstoffkundlichen Fortschritte der Peltier-Kühlung. «Kältetechnik», 12. Jahrg. (1960), Heft 5, S. 126—132.
- [5] A. Käch: Zur Frage des Wirkungsgrades thermoelektrischer Generatoren. «E. T. Z.», Bd. 78 (1957), Heft 5, S. 182—187.
- [6] P. Sporn, A. Kantrowitz: Magnetohydrodynamics — Future Power Process? «Power», November 1959, S. 62—65.
- [7] L. P. Harris, J. D. Cobine: The Significance of the Hall Effect for Three MHD-Generator Configurations. «ASME Annual Meeting», New York, Nov. 29, 1960, Paper 60-WA-329.
- [8] P. H. Rose, R. F. Probst, C. Mac Adams: Turbulent heat transfer through a highly cooled, partially dissociated boundary layer. «J. Aero-Space Sciences», Dec. 1958, S. 751—760.
- [9] S. Way: Magnetohydrodynamic Generator; Power from High-Temperature Gas. «Westinghouse Engineer», July 1960, S. 105—107.
- [10] S. Way, et al. Experiments with MHD Power Generation. «ASME Annual Meeting», New York, Nov. 29, 1960, Paper 60-WA-328.
- [11] B. C. Lindley: Large Scale Power by Direct Conversion. «Engineering», 22. April 1960, S. 568—569.
- [12] M. W. Thring: Potential Heat in Fuel: Direct Conversion to Electricity. «J. of the Inst. of Fuel», Juni 1960, S. 294—299.
- [13] R. J. Rosa: Experimental Magnetohydrodynamic Power Generator. «J. Appl. Phys.», April 1960, S. 735—736.
- [14] R. J. Rosa: Physical Principles of Magnetohydrodynamic Power Generation. «The Physics of Fluids», Vol. 4, Nr. 2, Febr. 1961, S. 182—194.
- [15] A. Käch: «Archiv der Elektrischen Uebertragung» 1961, S. 40—43.
- [16] Second Symposium on the Engineering Aspects of Magnetohydrodynamics. 9. u. 10. April 1961, Philadelphia, Pa., U. S. A.
- [17] E. Justi, U. A. Winsel: Elektrochemische Energieerzeugung durch indirekte Brennstoffelemente. «Die Naturwissenschaften», 47. Jahrg., Heft 13 (Erstes Juli-Heft) 1960, S. 289—300.
- [18] W. Kongro: Die unmittelbare Gewinnung von Elektrizität aus Brennstoffen. «MTZ» Jahrg. 22, 1961, Heft 1, S. 11—17.
- [19] H. G. Plust: Elektrizität aus Brennstoffelementen. «Neue Zürcher Zeitung», 15. März 1961, Blatt 13.

## Wohnungsbau sozial?

Von Claude Paillard, dipl. Arch., Zürich

DK 711.582.2

Nicht mehr durch Kirche, Rathaus oder Schloss wird die heutige Stadt bestimmt, sondern überwiegend durch Lage, Gruppierung und Gestalt der Vielzahl übriger Bauten. Für das Wohl des Stadtbewohners entscheidend wirken sich vor allem die gegebenen Wohnmöglichkeiten aus. Winterthur hat sich immer wieder tatkräftig für den Wohnungsbau eingesetzt, sei es mit direkter Beteiligung der Stadt, sei es durch die Förderung privater oder gemischtwirtschaftlicher Unternehmen. Den regelmässigen Lesern der Bauzeitung wird der kürzlich vom Stadtrat durchgeführte Wettbewerb für eine Wohnbebauung im Grüzefeld (SBZ 1961, Heft 19, S. 317) in frischer Erinnerung sein, und wir freuen uns, dass ein Mitverfasser des erstprämiierten Projekts zu unserer Festpublikation die folgenden Darlegungen beisteuert. K. Ch.

Nachfolgend einige Gedankengänge, die im Laufe der Beschäftigung mit der Wettbewerbsaufgabe entwickelt wurden. Diese Stellungnahme erhebt keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit, sie ist lediglich der Versuch eines Architekten, seine Ansichten, welche von denen der szepterfüh-

den «Grossen» öfters wesentlich abweichen, zu rechtfertigen.

In der Tat sind die Ansichten über «sozialen Wohnungsbau» verschieden. Oft versteht man darunter den billigsten Wohnungsbau, wobei sich dies je nach Einstellung auf die bauliche Ausführung oder auf den Mietzins bezieht. Der Ausdruck gewinnt an Bedeutung, wenn er zum Qualitätsbegriff wird: Wohnungen und Wohnquartiere, welche auch minderbemittelten Familien ein würdiges, sinnvolles Wohnen ermöglichen. Eine unmittelbare Folge unserer Hochkonjunktur ist die Hebung des Wohnstandards in allen Kreisen der Bevölkerung. Uns Architekten fällt die Aufgabe zu, diese Entwicklung so zu beeinflussen, dass das «Wohnen» eine Intensivierung erfahren kann.

Es sei nicht bestritten, dass auch hier der wirtschaftlichen Komponente primäre Bedeutung zufällt. Wenn in der Folge der Versuch unternommen wird, den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Mietzins und Wohnungsplanung zu erfassen, so erfolgt dies, um dem Vorwurf, der Architekt sei unrealistisch, entschlossen entgegenzutreten. Wohnungsplanung ist im besten Sinne eine Rationalisierungsaufgabe.

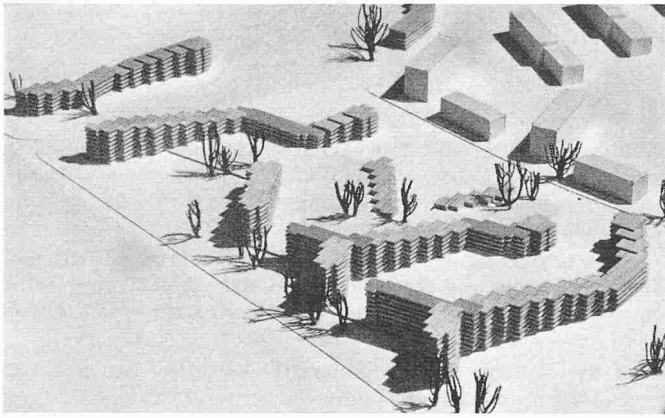


Bild 32. Teilansicht des Wettbewerbsprojektes Cramer & Jaray & Paillard und Peter Leemann für eine Ueberbauung im Grüzefeld

Diese Ueberbauung entspricht Nr. 6 in Bild 5, Seite 424 vom Heft 24.

Der Wunsch nach einer Reform unseres «Wohnens» im Sinne einer Intensivierung umfasst auch die Forderung nach Berücksichtigung städtebaulicher Gesichtspunkte. Hier prallen die gegensätzlichen Meinungen mit aller Härte aufeinander. Wir Architekten entwickeln eine Wohnbebauung nur allzugerne vom Städtebaulichen her, doch — sagt der Bauherr — wir können unsere Mieter, die billig wohnen sollten, nicht mit zusätzlichen Aufwendungen belasten. Diese Ansicht steht fest verankert: Städtebau ist kostspielig. So werden denn Siedlungen grossen Ausmasses zur «Kosteneinsparung» gedankenlos nach banalstem Schema erstellt.

Sehr zu begrüessen ist es daher, dass eine Behörde durch die Ausschreibung eines Wettbewerbes einen ersten Schritt wagt, um eine Klärung derartiger Vorstellungen in die Wege zu leiten und neuen Lösungen zum Durchbruch zu verhelfen. Treffend auch und nachahmenswürdig die Umschreibung der gestellten Aufgabe durch das Preisgericht: «Die städtebauliche Aufgabe, ein neues Wohnquartier zu entwickeln, kann nur dann sinnvoll gelöst werden, wenn neben den kubischen auch die wohntechnischen und wirtschaftlichen Grundlagen geschaffen werden. Städtebau, Architektur und Wirtschaftlichkeit sind, sobald Verwirklichungen bevorstehen, gleichwertig und gleichzeitig generell zu überprüfen und aufeinander abzustimmen, damit die mit der Ausführung betrauten Instanzen eine in allen Teilen ausgewogene Vorlage besitzen.»

Winterthur ist, wie es scheinen will, eine Stadt, in der sich die Probleme des sozialen Wohnungsbaues mit ausserordentlicher Betonung zeigen, denn sie ist ein Zentrum der Grossindustrie: dies erfordert den Bau zahlreicher sozialer Wohnungen. Dass in Winterthur tatsächlich Möglichkeiten bestehen, gut gelegene und zusammenhängende Siedlungsprojekte zu verwirklichen, ist ein Glücksfall, der zu ernsthafter Gesamtplanung auffordern sollte.

Es scheint wichtig, an den Anfang der Entwurfsarbeit die Wohnung als Einheit — als Zelle — zu setzen. Deren Planung ist eindeutig das Primäre: ist sie geglückt, kann die so gewonnene Einheit das Grundelement eines städtebaulichen Aufbaues bilden und als solches in zahlreicher Wiederholung Verwendung finden; damit können dann wesentliche Faktoren der wirtschaftlichen Komponente, nämlich die Serienproduktion, die Normung und gegebenenfalls die Vorfabrikation zur Wirkung kommen.

Wollen wir wirtschaftlich projektieren, so müssen wir zunächst die gegebenen Ausnutzungsmöglichkeiten des Landes ausschöpfen, das heisst, eine grösstmögliche Wohnungs-, bzw. Zimmerzahl schaffen. Damit ist bereits angetönt, dass eine knappe Grundrissfläche die Voraussetzung für wirtschaftliche Wohnungsplanung bildet. Welche Bedeutung diesem Faktor zukommen kann, geht aus dem Ergebnis des Winterthurer Wettbewerbs hervor: die Gesamtwohnungszahl variiert je nach Projekt bei gegebener Ausnutzungsziffer von 288 bis zu 459 Wohnungen. Hand in Hand mit der Notwendigkeit, die Ausnutzung des Landes durch knappe Wohnungs-

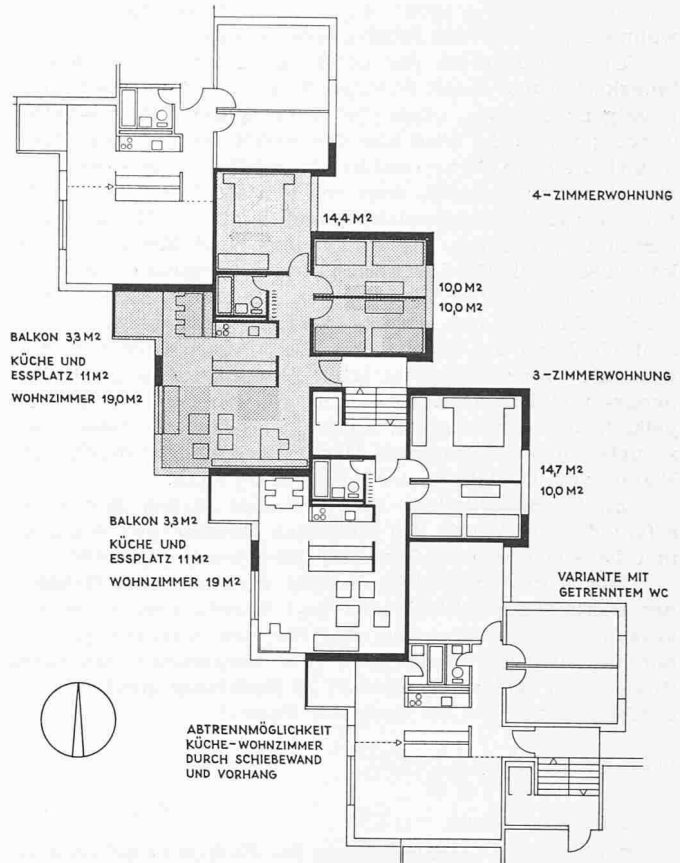


Bild 33. Detail der Wohngrundriss in Block V. Die im Aufsatz behandelte «Einheit» ist am Beispiel einer Vierzimmerwohnung durch Rasterung hervorgehoben. Sie ist sehr rationell. Ihre gegenseitige Staffelung bedeutet zwar eine Verteuerung (mehr Aussenwandflächen usw.); demgegenüber stehen jedoch gewichtige Vorteile, wie Südlage sämtlicher Wohnräume bei West-, bzw. Ostlage der Schlafzimmer, geschützte und gut besonnte Balkone usw.

flächen zu verbessern, geht selbstverständlich die Absicht, die Erstellungskosten der Wohneinheit zu senken. In diesem Zusammenhang dürften die nachfolgenden Untersuchungen und Berechnungen von Interesse sein, welche von Prof. Werner Jaray in Zusammenarbeit mit Studenten des Tech-

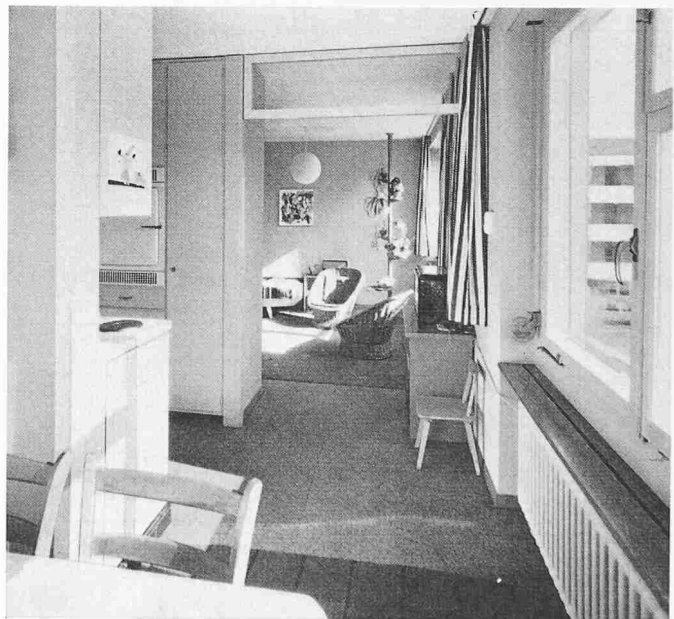


Bild 34. Innenansicht einer im sozialen Wohnungsbau ausgeführten Wohnung. Die Raumfolge Essplatz — Küche — Wohnzimmer gleicht der in Bild 33 vorgeschlagenen Lösung.

nikums Winterthur unter statistischer Auswertung des erwähnten Wettbewerbs ausgearbeitet wurden.

Um den Einfluss der Grundrisslösung auf die Erstellungskosten und damit schliesslich auf den Mietzins zahlenmässig zu erfassen, muss eine Vergleichseinheit geschaffen werden; als solche wird hier der Anteil des umbauten Raumes (in m<sup>3</sup>) pro Bett — das heisst, pro Bewohner — gewählt. Es sei weiter bemerkt, dass von den Faktoren, welche die Höhe der Erstellungskosten — und damit des Mietzinses — bestimmen, lediglich die Umgebungs- und Erschliessungskosten sowie die Gebäudekosten durch die Planung des Architekten beeinflusst werden können (und auch diese nur in beschränktem Masse, da die Ausführungskosten doch wesentlich durch die Preisbildung der Unternehmer bestimmt werden). Unter der berechtigten Annahme, dass die Umgebungs- und Erschliessungskosten für ein bestimmtes Baugelände nur unwesentlich ändern, verbleibt in erster Linie zu untersuchen, in welchem Masse der Architekt durch seine Planung die *Gebäudekosten* beeinflussen kann.

Zwei grundsätzliche Möglichkeiten stehen ihm dabei offen: die Aenderung des umbauten Raumes pro Wohnung und die Aenderung des Einheitspreises pro Kubikmeter.

Zur Aufstellung einer Formel über die vom Gebäude her bestimmbaren Zinskosten (z<sub>2</sub>) werden nun, unter Benutzung der nachfolgenden Begriffe und Abkürzungen, die durchschnittlichen Baukosten pro Kubikmeter umbauten Raumes zur Grösse der Einheit in Beziehung gesetzt. Diese ergeben sich in Fr./m<sup>3</sup> nach der Formel

$$(1) \quad m = \frac{(2F + 4H\sqrt{F})K}{FH}$$

Hierin bedeuten:

*F* die Brutto-Grundrissfläche der Einheit in m<sup>2</sup> (einschl. Anteile für Mauern, Treppenhaus, Laubgänge usw.).

*H* die durchschnittliche Höhe eines Wohngeschosses in m (einschl. Anteile für Dachraum, Kellerräume und für andere Räume, die in der Brutto-Grundrissfläche der Einheit nicht erfasst sind). Wird in zulässiger Annäherung die Fläche *F* der Einheit quadratisch angenommen, so misst die Totalfläche, welche die Einheit umhüllt:  $2F + 4H\sqrt{F}$

*K* die durchschnittlichen Kosten pro m<sup>2</sup> der die Einheit umhüllenden Flächen, in Fr./m<sup>2</sup> (Boden, Decke, Aussenwände, Innenwände).

Die Gebäudekosten der Einheit lassen sich (nicht nach dem Kubikmeterpreis, sondern auf Grund der Kosten für Boden, Decken und Wände) mit

$$(2) \quad (2F + 4H\sqrt{F})K$$

definieren. Durch die Formel (1) wird die Abhängigkeit des Kubikmeterpreises vom Wert *K*, insbesondere dessen Ansteigen beim «Zusammendrängen» des Projekts, in ausreichender Annäherung erfasst.

Zur Umlegung der nicht im Kubikmeterpreis enthaltenen übrigen Kosten auf die Mietkosten der Einheit (z<sub>1</sub>) wird angenommen, bei gegebener Ausnutzungsziffer werde das Areal vollständig ausgenützt. Bezeichnen

*B* die totale Bruttogeschossfläche der betrachteten Ueberbauung in m<sup>2</sup> und

*X* die totale Anzahl der Einheiten

so ergeben sich

$$(3) \quad X = \frac{B}{F}$$

und die anteiligen übrigen Kosten der Einheit zu

$$(4) \quad \frac{G + E + U + S}{X} = \frac{F(G + E + U + S)}{B}$$

worin bedeuten

*G* die totalen Grundstückskosten für die gesamte betrachtete Ueberbauung in Fr.

*E* die totalen Erschliessungskosten, Strassenbeiträge und Gebühren in Fr.

*U* die totalen Kosten für Umgebungsarbeiten in Fr.

*S* die totalen übrigen Kosten der Gesamtanlage in Fr., wie Bauzinsen, Liftanlagen usw., welche als nicht im Kubikmeterpreis enthalten betrachtet werden.

Die Anlagekosten, als Grundlage des monatlichen Mietzinses, stellen die Summe der Gebäudekosten (2) und der anteiligen übrigen Kosten (4) dar. Für den monatlichen Mietzins der Einheit sei eine jährliche Bruttorendite von 6% und somit 1/200 der Anlagekosten (2) und (4) angenommen.

Ein *Beispiel* möge diese Ausführungen erläutern. Dabei liege der Wert für

$$(5) \quad \frac{(G + E + U + S)}{200B}$$

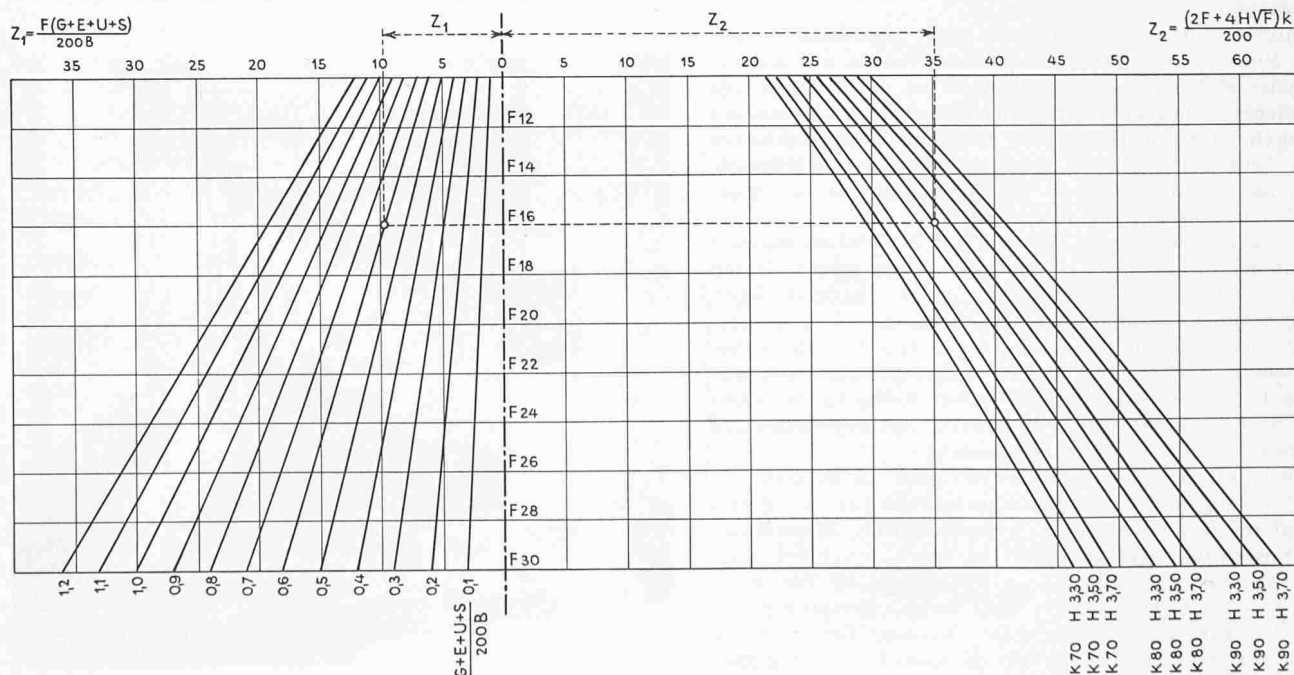


Bild 35. Diagramm der beiden, für die monatliche Zinsbelastung der «Einheit» massgebenden Anteile. Links der Nulllinie der Zinsanteil  $z_1$  für die Verhältniswerte von Formel (5), rechts der Nulllinie der Zinsanteil  $z_2$  für  $H = 3,30$  m (niedrig),  $3,50$  m (normal) und  $3,70$  m (hoch) sowie für  $K 70$  Fr./m<sup>2</sup> (niedrig),  $80$  Fr./m<sup>2</sup> (normal) und  $90$  Fr./m<sup>2</sup> (hoch).

im Bereich von 0,5 bis 0,7 Fr./m<sup>2</sup>, was einer mittleren Ausnutzung bei mittleren Grundstück-, Erschliessungs- und Umbaukosten entspricht. Weiter seien angenommen:

$F$  16 m<sup>2</sup>; dies entspricht einem Durchschnittswert der Brutto-Grundrissfläche der Einheit bei Vierzimmerwohnungen

$H$  3,50 m (normaler Mittelwert)

$K$  80 Fr./m<sup>2</sup> (normaler Mittelwert bei  $m = 120$  Fr./m<sup>3</sup>). Die Mietkosten lassen sich nun aus dem Diagramm (Bild 35) mit  $z_1 = 9,50$  Fr. und  $z_2 = 35$  Fr. zu total 44,50 Fr. ablesen.

Soll nun bei diesen Voraussetzungen beispielsweise der Mietzins um 5 % gesenkt werden, so lassen sich folgende Möglichkeiten ablesen:

a) Verringerung der Brutto-Grundrissfläche  $F$  um 1,06 m<sup>2</sup> pro Einheit;

b) Verringerung der mittleren Höhe  $H$  um 0,35 m;

c) Verringerung des Kubikmeterpreises  $m$  um rd. 8 Fr./m<sup>3</sup>.

Eine Verringerung des Kubikmeterpreises in der unter c) ermittelten Grössenordnung kann der Architekt mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln der Planung, Organisation, Konstruktion und Materialwahl kaum erreichen, wenn der Ausgangspunkt seiner Sparmassnahmen bereits auf üblichen Bauweisen beruht und der Wohnungsstandard vorgeschrieben ist. Wenn dieser Kostenfaktor doch noch erheblich gesenkt werden kann, so geschieht dies als Folge geschäftlicher Massnahmen, welche im Rahmen dieser Untersuchungen nicht zu erfassen sind; diese sind in der Tat im Hinblick auf eine gesunde Entwicklung im Wohnungsbau von untergeordneter Bedeutung. Auch wird eine Verringerung der mittleren Geschosshöhe  $H$  bei vorgeschriebenen Raumhöhen sowie unter Beibehaltung der üblichen Keller- und Abstellräume kaum im oben berechneten Masse möglich sein. Es ist jedoch einleuchtend — und kann durch Beispiele belegt werden —, dass die Möglichkeit a), nämlich die Verringerung der Brutto-Grundrissfläche  $F$ , sich bei weitem am besten verwirklichen lässt. Es ist daher in erster Linie auf gedrängte Grundrisse zu achten.

Die öfters gegen neuartige, knappe Wohnungstypen geäusserten Bedenken, sie seien kostspieliger als bewährte, wenn auch flächenmässig umfangreichere, können durch die oben erwähnten Untersuchungen widerlegt werden. So stellt sich das Problem, einen im besten Sinne des Wortes sozialen Wohnungstyp zu schaffen, wie folgt: Ein äusserst knapp bemessener Grundriss bei rationellster Anordnung aller Bauelemente unter gleichzeitiger Erzielung eines grösstmöglichen Wohnwertes. Allerdings hält es schwer, den zuletzt genannten Begriff zu definieren. Jedenfalls hüte man sich vor der Neigung, die Wohnung des «kleinen Mannes» mit allen verkleinerten Requisiten einer herrschaftlichen Grosswohnung auszustatten, denn es gilt auch hier: Grosszügigkeit entsteht nur durch Verzicht. Ein Verzicht auf alte Gewohnheiten, der den Weg zu neuem «Wohnen» bahnt.

Das Leben des Menschen im Rahmen der Familienordnung unserer Gesellschaft zerfällt gewissermassen in «gemeinsame» und «Einzel-Tätigkeiten». Die üblichen, auf die Wohnung bezogenen Ausdrücke «Wohnteil» und «Schlafteil» entsprechen in gewissem Masse dieser Unterscheidung, den heutigen Lebensgewohnheiten aber sind Bezeichnungen wie «Gemeinschaftsraum» und «Zelle» besser angepasst. Währendem die Zellen knapp und präzise aus den Gebrauchsmassen entwickelt werden können, sollte der Gemeinschaftsraum grosszügig sein. Alle Funktionen des Gemeinschaftslebens sollten daher in eine zusammenhängende Raumfolge verlegt werden, damit der Wohnung bei aller Knappheit räumliche Weite verliehen werden kann.

Jeder Wohneinheit ist ein Installationskern — Küche, Bad und WC — zugeordnet: dessen Disposition im Innern ist anzustreben, um die gesamte Frontabwicklung für die eigentliche «Lebensfläche» freizuhalten. Die heutigen Lebensformen — insbesondere des Stadtmenschen — ergeben eine Vorrangstellung des Gemeinschaftsraumes hinsichtlich Besonnung, Belichtung und Aussicht.

Das Gesagte mag den Eindruck erwecken, dass sich die Planung im Wohnungsbau für den Architekten sehr einfach und ein für allemal lösen lasse: Man nehme den knappsten Wohnungsgrundriss, der keine Nachteile bietet. Doch bringt jede neue Aufgabe von Grund auf neue Probleme und dementsprechend auch neue Lösungen. Selbstverständlich können verteuernde Faktoren bei entsprechenden Vorteilen in Kauf genommen werden. Wesentlich ist, dass dies bewusst erfolgt und dass die Grössenordnung der entstehenden Mehrkosten bekannt ist. Wie die vorangehenden Berechnungen zu zeigen versuchten, sind Mehraufwendungen — bei entsprechendem Gegenwert für den Mieter — dann eher zu verantworten, wenn die gewählte Wohneinheit grundsätzlich wirtschaftlich ist.

Abschliessend noch einige Bemerkungen zu städtebaulichen Fragen: Zum Wohnen wird der Mensch vermutlich immer am meisten Raum benötigen. Die Wohnquartiere bilden daher nach wie vor den Löwenanteil der baulichen Masse einer Stadt. Wir können daher unsere planerischen Gedanken keinesfalls auf Einzelaufgaben «repräsentativer» Art beschränken, sondern müssen die Wohnquartiere in unsere Studien einbeziehen.

Es klingt paradox: Städtebau wird erst dann mit Skepsis betrachtet, wenn durch ihn versucht wird, zu wertvollen Lösungen vorzudringen. Dabei bedeutet Städtebau im Wohnquartier ganz real: Planung der Baumöglichkeiten im möglichst grossen Rahmen, wobei diese Studien naturgemäss ordnende Funktion haben; in diesem Falle von finanzieller Mehrbelastung der Mieter zu sprechen, ist grundlos.

Städtebau ist gewissermassen das Ergebnis einer intensiven, planerischen Beschäftigung mit der Wohneinheit als Element. So wie sich die Wohnung aus Zellen und Gemeinschaftsraum ergibt, so bildet im Wohnquartier die Wohnung die Zelle, so müssen aber auch Raumbildungen für die Siedlungsgemeinschaft entstehen, als eigentliche Kontaktpunkte der einzelnen Familien. Fehlt das Suchen nach derartigen Lösungen, so entstehen auf rein additiver Grundlage Wohnquartiere, denen der Geist mangelt.

Adresse des Verfassers: Claude Paillard, dipl. Architekt, Eierbrechtstrasse 16, Zürich 7/53.

## Mitteilungen

Die Commission Electrotechnique Internationale (CEI) hält dieses Jahr ihre Haupttagung vom 18. bis 30. Juni in Interlaken ab. Die CEI ist die weltumspannende Normungsorganisation der Elektrotechnik. Sie wurde 1904 gegründet und ist damit eine der ältesten internationalen Vereinigungen, welche sich die Lösung praktischer Aufgaben zum Ziele gesetzt hat. Sie überdauerte die beiden Weltkriege unseres Jahrhunderts und konnte sich ihre Selbständigkeit dank den Erfolgen, mit welchen sie ihrer Tätigkeit obliegt, bewahren. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, als die Vereinigten Nationen die International Organization for Standardization (ISO) gründeten, erwies es sich als zweckmässig, die CEI in ein engeres Verhältnis zur ISO und damit zur UNO zu bringen, ohne dass ihre Selbständigkeit aufgegeben wurde. Man fand die Lösung darin, dass die CEI als affilierte Organisation der ISO erklärt, ihr aber die bisherige Struktur und die finanzielle Selbständigkeit belassen wurde, was andererseits bedeutet, dass sie von der UNO keine materielle Unterstützung erhält. Heute gehören der CEI 35 Nationalkomitees aus allen fünf Erdteilen an. Zum ersten Mal seit dem zweiten Weltkrieg hält sie ihre Haupttagung in der Schweiz ab, und es bedeutet für den SEV und seine elektrotechnische Kommission, das Schweizerische Elektrotechnische Komitee (CES), Ehre und Verpflichtung, die grosse Schar der Fachleute aus Elektrotechnik und Elektrizitätswirtschaft, aus der Namen von Rang herausragen, mit ihren Damen in Interlaken zu empfangen und ihnen während zweier Wochen für angestrenzte Arbeit und gesellschaftliche Zusammenkünfte einen gastlichen Aufenthalt zu bieten. Dass dies möglich geworden ist, verdankt der SEV einerseits der regen Mitarbeit der Fachleute aus Behörden, Industrie und Elektrizitätswirtschaft